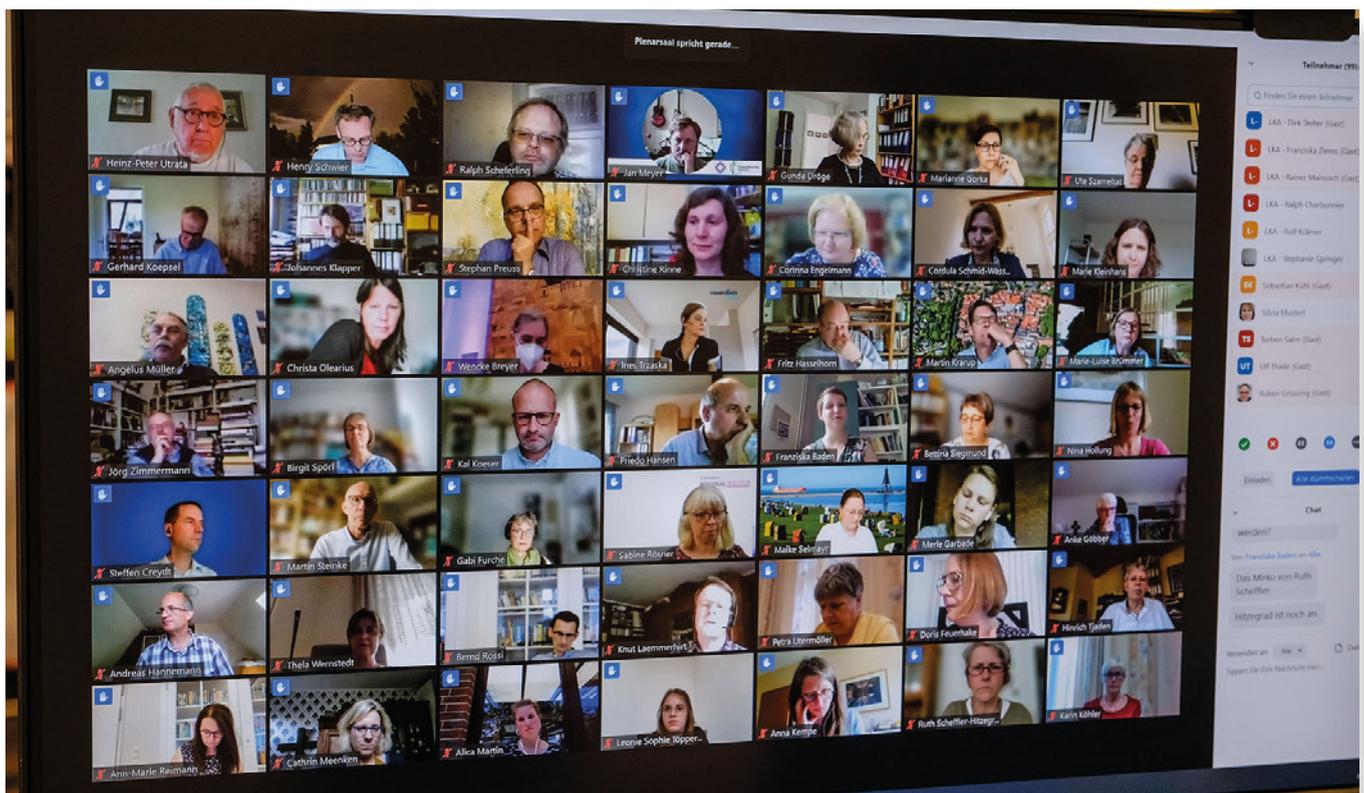


beraten und beschlossen

Aktuelles aus der Landessynode

IV. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
02. bis 04. Juni 2021

„Diese Taten erfüllen uns mit Schrecken und Scham“ Landesbischof bittet Betroffene von Missbrauch um Entschuldigung



Einstimmig stellten sich die Synodalen während ihrer digitalen Sitzung hinter die Erklärung des Landesbischofs zu sexualisierter Gewalt in der Kirche.

„Diese Schuld ist nicht zu begleichen und auch nicht zu entschuldigen“: In seinem Bericht vor der Landessynode am zweiten Tag der diesjährigen Frühjahrstagung wählte Landesbischof Ralf Meister klare Worte zu den Fällen sexualisierter Gewalt in der Landeskirche und in ihren diakonischen Einrichtungen. Mit den Taten habe die Kirche Betroffenen tiefe, lebenslange Verwundungen zugefügt: „Diese Taten erfüllen uns mit Schrecken und Scham.“

„Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, deren Landesbischof ich bin, hat in der Vergangenheit sexuellen Missbrauch geduldet. Sie hat schwere Schuld auf sich geladen. Ich übernehme als leitender Geistlicher die Verantwortung für das Unrecht, das Sie, die Sie Ihr Leid öffentlich gemacht haben, und unzählige andere Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit durch Mitarbeitende dieser Kirche erlitten haben.“

Weiter auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Versorgungsleistungen belasten Haushalt	Seite 3
Gemeinschaft im digitalen Raum	Seite 5
Prävention und Intervention	Seite 7



**EVANGELISCH-LUTHERISCHE
LANDESKIRCHE HANNOVERS**

Respekt für das Schuldeingeständnis

Landessynode stellt sich hinter die Bitte um Entschuldigung

Fortsetzung von Seite 1

„Und ich bitte um Entschuldigung für die Verletzungen, die wir Ihnen als Institution Kirche zugefügt haben. Unsere Kirche hat hier große Fehler gemacht. ... Ich möchte diese Sätze allen sagen, denen diese Gewalt, Erniedrigung, Verwundung an Leib und Seele durch die Kirche angetan worden ist“, wandte sich Meister an alle Betroffenen und an die Öffentlichkeit.

In der an den Bericht anschließenden Aussprache dankten unter anderem die Synodalen Marianne Gorka und Marie Kleinhans (beide Sprengel Hildesheim-Göttingen) dem Landesbischof für die deutlichen Worte: „Ich

möchte Ihnen hohen Respekt zollen für Ihr klares Schuldeingeständnis und für Ihre Übernahme von Verantwortung“, erklärte Gorka. „Ich wünsche mir ein Votum der Landessynode, dass wir gemeinsam diese Schuld tragen.“

Nach einer Sitzung des Ausschusses für Theologie und Kirche und des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit am selben Abend folgte die Landessynode dem Wunsch Gorkas noch in der laufenden Tagung und erklärte einstimmig, hinter der Erklärung des Landesbischofs zu stehen. Die Landessynode stelle sich ihrer Verantwortung und werde sich nach Kräften für Prävention, Intervention, Hilfen und Aufarbeitung einsetzen.

„Kirche und kirchliche Einrichtungen müssen sichere Orte sein“, schließt die Erklärung, die Dr. Matthias Kannengießer, Präsident der Landessynode, als gutes und wichtiges Signal begrüßte.

„Wir sollten uns nicht in falscher Sicherheit wiegen und so tun, als liege das Thema sexuelle Übergriffe hinter uns und es gehe nur um Prävention“, warnte Anja Kleinschmidt, Synodale aus dem Sprengel Lüneburg, in der Aussprache. Übergriffe kämen fast immer erst viele Jahre nach der Tat an die Oberfläche. Antje Niewisch-Lennartz (Hannover) forderte für die Aufarbeitung aller Fälle eine enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen.

Die Netze zur anderen Seite auswerfen

Landessynode beschließt Beratungszeit für den Zukunftsprozess

„Für diesen Prozess braucht es Mut, Zeit, Ressourcen, Glauben, Gottvertrauen. Lassen Sie uns nicht tun, was getan werden muss, sondern das, was wir tun wollen.“ Engagiert warben Wencke Breyer und Roger Cericius (beide Sprengel Hannover) jetzt vor der Landessynode für den Prozess „Zukunft Kirche“.

Im November 2020 hatte die Landessynode diesen Prozess nach Anträgen des Planungsausschusses und des Synodalen Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) angeschoben und einen sogenannten Scoping-Ausschuss eingerichtet. Dieser Ausschuss erhielt den Auftrag, der Landessynode bis Juni 2021 einen Vorschlag für Umfang und Verfahren des Zukunftsprozesses zu unterbreiten. In einem bildreichen Vortrag kamen Breyer als Vorsitzende des Ausschusses und Cericius als stellvertretender Vorsitzender dieser Aufgabe jetzt während der Frühjahrstagung nach.

„Die Netze zur anderen Seite auswerfen“ – unter diese Überschrift

hatten die Mitglieder des Scoping-Ausschusses, in dem alle kirchenleitenden Organe vertreten sind, ihren Entwurf für das Prozessdesign gestellt. Darin geht es ihnen darum, aufreibende Planungsprozesse zu vermeiden, in denen versucht wird, mit immer weniger Personal und Geld die bisherigen Aufgaben in den bekannten Strukturen zu erfüllen. Als Ermutigung, nach ganz neuen Wegen zu suchen, verwendet der Ausschuss dabei das biblische Bild der fischenden Jünger, die auf Geheiß Jesu ihre Netze im tiefen, unbekanntem Wasser auswerfen – trotz einer erschöpfenden, erfolglosen Nacht, die hinter ihnen liegt.



Wencke Breyer, Vorsitzende des Scoping-Ausschusses, stellte dessen Entwurf zum Zukunftsprozess vor.

Der Prozess könne in der Landeskirche mit ihren geteilten Verantwortungen nicht von zentraler Stelle vorgegeben werden; vielmehr sei die Gemeinschaft aller, die sich beteiligen wollen, gefragt. Aufgabe der Kirchenleitung sei es, den Prozess zu organisieren. *Weiter auf Seite 3*

„Hier entsteht Gemeinschaft im digitalen Raum“ Möglichkeiten für Digitalgemeinden sollen geprüft werden

„Wir können stolz sein, dass die Radtkes Pastorinnen unserer Landeskirche sind“, erklärte Cordula Schmid-Waßmuth (Sprengel Hannover) vor der Landessynode. Die Vorsitzende des Öffentlichkeitsausschusses stellte den Zwischenbericht „Online-Kirchengemeinden oder digitale Formen gemeindlichen Lebens“ (Aktenstück Nr. 48) vor und ging darin insbesondere auf den YouTube-Kanal „Anders Amen“ der Pastorinnen Ellen und Stefanie Radtke aus dem niedersächsischen Eime ein. Bei diesem und auch anderen Social-Media-Projekten handele es sich um Leuchtturmprojekte, die Impulse in die Landeskirche aussendeten, erklärte

Schmid-Waßmuth: „Sie erreichen viele Menschen, die vorher noch nie etwas mit Kirche zu tun hatten.“ Bemerkenswert an diesen Projekten sei, dass die Kommunikation zunehmend in beide Richtungen stattfinde und eine Gemeinschaft im Digitalen entstehe. „Da stellt sich die Frage nach Online- oder digitalen Gemeinden“, so die Vorsitzende des Öffentlichkeitsausschusses.

In Abstimmung mit dem Ausschuss für Theologie und Kirche ermutigt der Öffentlichkeitsausschuss in seinem Zwischenbericht dazu, Neues auszuprobieren, um die Entwicklung kirchlicher Gemeinschaften im digitalen Raum zu fördern. Dafür müsse perspektivisch

auch finanzieller Spielraum eingeplant werden. Es stelle sich darüber hinaus die Frage, ob derartige Gemeinschaften gemäß Kirchenverfassung als gemeindliches Leben in besonderen Lebenssituationen, mit besonderem

geistlichen Profil oder an besonderen Orten (Artikel 3, Absatz 3) anzusehen seien oder als Personalgemeinde (Artikel 19, Absatz 3). „Daran hängen unter anderem Fragen nach Pfarrstellen und Mitgliedschaft“, so Schmid-Waßmuth.

Die Landessynode folgte den im Aktenstück Nr. 48 formulierten Anträgen und bat das Landeskirchenamt, in Zusammenarbeit mit synodalen Ausschüssen zu prüfen, wie Projekte digitaler Gemeindebildung gefördert und umgesetzt werden können. Weiter soll das Projekt „Anders Amen“ finanziell und personell gesichert werden – längst hat es einen Umfang angenommen, der von den Radtkes neben ihren Aufgaben als Pastorinnen nicht mehr bewältigt werden kann.

„Anders Amen ist ein Solitär“, begründete Jörn Surborg (Hildesheim-Göttingen) seine Zustimmung. „Kein anderes Projekt findet solche Resonanz und verbindet Menschen aus vielfältigen Lebensbezügen mit der Arbeit in einer Dorfgemeinde.“

„Die Videos von Anders Amen helfen mir sehr zu beschreiben, was Kirche eigentlich ist“, erklärte Kea Irmer, Synodale aus dem Sprengel Ostfriesland-Ems. „Sie ändern etwas am verstaubten Image von Kirche.“



Lernräume sind eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit

In den Kirchen der Reformation gehört Bildung neben Verkündigung, Mission und Diakonie zu den grundlegenden Aufgaben; damit zusammenhängend hat das Thema Bildungsgerechtigkeit einen hohen Stellenwert. „In der Corona-Krise hat sich die Frage nach der Bildungsgerechtigkeit noch zugespitzt“, erklärte Johanna Schröder (Sprengel Osnabrück) jetzt vor der Landessynode. Die Vorsitzende des Bildungsausschusses brachte einen Bericht zum Thema „Lernräume“ ein und betonte,

dass jedem Menschen Bildung zuteil werden müsse: „Niemand soll verloren gehen.“

„Wir wollen eine Kirche mitgestalten, die sich an den vorhandenen Lernräumen orientiert“, so Schröder weiter. Vor diesem Hintergrund wurde im Corona-Jahr 2020 das ökumenische Projekt Lernräume ins Leben gerufen, das benachteiligte Kinder in Zeiten des Homeschoolings und darüber hinaus mit Platz zum Lernen, digitalen Arbeitsplätzen und Anleitung

unterstützt. Das Land Niedersachsen gewährt der kirchlichen Lernrauminitiative seit dem Frühsommer 2020 finanzielle Unterstützung.

„Das Projekt hat den Dialog und die Vernetzung zwischen Kirchengemeinden und Schulen in Gang gebracht“, berichtete die Vorsitzende des Bildungsausschusses. „Dieses gemeinwesenorientierte, zivilgesellschaftliche Engagement ist eine große Chance für die Kinder und Jugendlichen und für uns als Kirche.“ *Weiter auf Seite 6*

Das Vertrauen ist gewachsen

Christlicher Religionsunterricht in ökumenischer Verantwortung

Für viele war es so etwas wie ein Paukenschlag, von dem sie aus der Zeitung erfuhren: Die evangelischen Kirchen und die katholischen Bistümer in Niedersachsen haben in den zurückliegenden Monaten ein Positionspapier zu einem gemeinsam verantworteten christlichen Religionsunterricht entwickelt und hoffen darauf, diesen in Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen als Unterrichtsform der Zukunft an niedersächsischen Schulen zu etablieren.

Oberlandeskirchenrätin Dr. Kerstin Gäfgen-Track stellte der Landessynode in ihrem Bericht zur Zukunft des Religionsunterrichtes den Stand der Dinge und die Genese des Positionspa-

piers vor. Ausgangspunkt sei der mittlerweile weit verbreitete konfessionell-kooperative Religionsunterricht gewesen, der in ökumenischer Zusammenarbeit kontinuierlich weiterentwickelt und gestärkt wurde. Dabei sei unter den evangelischen und katholischen Schullehrer*innen Vertrauen gewachsen, das zu viel Dynamik geführt habe.

„Die Chancen auf Veränderung müssen doch endlich einmal größer sein als die Widerstände“ – diese Hoffnung habe in eine 20-monatige Diskussionsphase um einen gemeinsamen Religionsunterricht geführt, so Gäfgen-Track. Sehr bewusst sei dabei kein breiter Beteiligungsprozess in Gang gesetzt worden: „Ökumenische Positionspapiere

brauchen in der Regel fünf bis zehn Jahre – so viel Zeit haben wir beim Religionsunterricht nicht mehr, denn in zehn Jahren würde es ihn nicht mehr geben.“

Christlicher Religionsunterricht solle von den Gemeinsamkeiten ausgehen, dabei aber die Differenzen nicht nivellieren, betonte Gäfgen-Track. Es gehe auch nicht um ein Sparmodell, sondern um eine Stärkung des Unterrichtes: „Der gemeinsame Religionsunterricht wird anspruchsvoller sein als der jetzige evangelische oder katholische.“ In Niedersachsen gebe es drei- bis viermal so viele Religionslehrer*innen wie Pastor*innen: „Sie sind hervorragend ausgebildet und kirchlich verbunden, welch ein Schatz. Sehen wir eigentlich, was da glänzt?“

In der Aussprache äußerte Johanna Schröder, Vorsitzende des Bildungsausschusses, Bedauern darüber, dass die Synodalen aus der Zeitung von den Plänen erfahren hätten. Dennoch sicherte sie Unterstützung zu: „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und inhaltlich gut vorstellbar.“ Sie akzeptiere die Kritik, erklärte Gäfgen-Track dazu. Nun freue sie sich auf eine breite Diskussion rund um den christlichen Religionsunterricht, in dessen Verlauf auch der Text des Positionspapieres noch Veränderungen erfahren könne.



Gemeinsamer christlicher Religionsunterricht – eine anspruchsvolle Perspektive für die Zukunft.

Gegen das Auseinanderdriften der Gesellschaft

Fortsetzung von Seite 5

Oberkirchenrat Dr. Marc Wischnowsky aus dem Bildungsreferat im Landeskirchenamt versorgte die Landessynode mit Zahlen: Bis Oktober 2020 seien 35 Einzelprojekte von Kirchengemeinden, kirchlichen Einrichtungen oder Initiativen gefördert worden; etwa 5.500 Kinder konnten damit erreicht werden. 70.000 Euro kirchliche Mittel seien zum Einsatz gekommen; 50.000 davon wurden durch das Land Niedersachsen refinanziert. Für den lau-

fenden Zeitraum seien 200.000 Euro durch die Landeskirche bewilligt; das Land werde wohl 115.000 refinanzieren und habe seine Beteiligung bis zu den Sommerferien 2021 zugesagt. Die eingesetzten kirchlichen Mittel stammen aus den Töpfen der Schulkoooperativen Arbeit und des Projektes „Zukunft(s)gestalten“.

„Wir sollten als verbindliche Partner*innen weiter am Bildungsthema arbeiten und mehr auf die Lebenssituation der Schwachen schauen, um

dem Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenzuwirken“, wünschte sich Norbert Wolf, Synodaler aus dem Sprengel Stade. Mit mehreren Beschlüssen kam die Landessynode diesem Wunsch nach: So wurde das Landeskirchenamt gebeten, vorhandene Mittel vorrangig in Projekten zur Bildungsgerechtigkeit einzusetzen. Der Bildungsausschuss wurde gebeten, die Thematik weiter zu bearbeiten und sie als zentralen Bestandteil kirchlicher Gemeinwesenarbeit zu stärken.

Der Pastor*innen-PC wird nicht kommen

Bericht zur digitalen Kommunikation benennt Probleme

Dieser Bericht sei eine Problemanzeige, stellte Dr. Fritz Hasselhorn, Synodaler aus dem Sprengel Osnabrück und Vorsitzender des Planungsausschusses, fest. Er brachte den Zwischenbericht des Ausschusses zur Umsetzung der digitalen Kommunikation in der Landeskirche (Aktenstück Nr. 37) in die Landessynode ein und musste dem Gremium unangenehme Wahrheiten berichten: „Wir hinken hinterher, das Landeskirchenamt hat die Digitalisierung nicht ausreichend vorangebracht.“

Dem Aktenstück Nr. 37 hängt ein Projektplan zur digitalen Kommunikation an, dessen etwa 40 einzelne Projekte mit einer Zeitangabe versehen sind. Diese Angaben beruhten allerdings auf der Notwendigkeit, nicht auf der Machbarkeit, erläutert das Aktenstück; zudem habe das Landeskirchenamt mitgeteilt, dass die Liste unter Umständen um weitere Projekte ergänzt werden müsse. Die Umsetzung des IT-Konzeptes werde allerdings durch kurzfristige Anfragen und Bedarfsanmeldungen ausgebremst; zudem wolle man das Ganze im Blick behalten und Einzellösungen vermeiden, heißt es im Aktenstück.

Dr. Martin Krarup aus dem Sprengel Stade wies darauf hin, wo in den

Kirchenkreisen und -gemeinden der Schuh drückt: „Wir stehen in den Startlöchern für eine bessere Vernetzung unserer Pfarrbüros“, erklärte er. „Wann wird es eine besser als Drive funktionierende Cloud geben?“ Weiter betonte Krarup, dass die Einrichtung von Mailadressen für vertraulichen Schriftverkehr eine drängende Frage sei, insbesondere für ehrenamtlich Tätige.

Oberkirchenrat Hergen Harnisch, im Landeskirchenamt zuständig für die IT in der Landeskirche, erklärte dazu, die Cloud sei in der Planung, befinde sich im Testbetrieb und werde wahrscheinlich in diesem Jahr „ausgerollt“. Sie beinhalte verschiedene Funktionen wie Dateiablage und Textverarbeitung. E-Mail-Adressen für ehrenamtlich Tätige seien noch in der Konzeptionsphase mit der Comramo und er hoffe, dass noch in diesem Jahr die ersten Adressen eingerichtet werden könnten. Die technische Plattform solle bis Jahresende fertiggestellt werden; eine Schwierigkeit liege aber in der Information über diejenigen ehrenamtlich Tätigen, die eine der Mail-Adressen erhalten sollen. Das Landeskirchenamt habe den Planungsausschuss zudem über eine weitere Hürde informiert, teilte Hasselhorn mit: „Die Einrichtung von evlka-Adressen für alle ehrenamtlich

Tätigen wäre sehr teuer, Oberkirchenrat Harnisch ist auf der Spur einer anderen Lösung.“

Eine Absage gibt es für den sogenannten Pastor*innen-PC: „Der Lastwagen mit den PCs wird nicht kommen“, stellte Hasselhorn fest. Aufgrund des Folgeaufwandes für den Service soll von der Beschaffung abgesehen werden; angedacht ist jedoch eine Zuschusslösung für die Anschaffung individueller Geräte.

Aufgrund eines Antrages von Gabriele Furche (Sprengel Stade) forderte die Landessynode das Landeskirchenamt auf, steuerrechtliche Fragen rund um die IT-Ausstattung von Pastor*innen zu klären und entsprechende Regelungen auch für Dienst-Handys mit aufzunehmen. Planungsausschuss (federführend) und Finanzausschuss wurden gebeten, die aktuelle Planung zur Umsetzung der digitalen Kommunikation zu überprüfen, auch mit Blick auf die finanzielle Ausstattung des Projektes. Falls nötig, sollen die Ausschüsse erforderliche Veränderungen benennen.

Weiter bat die Landessynode ihre Ausschüsse, so rechtzeitig auf das Sitzungsmanagement-Programm „Session“ umzustellen, dass die Novembertagung vollständig damit durchgeführt werden kann.

Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt

„Die Kultur der Achtsamkeit muss ein Qualitätsmerkmal kirchlichen Handelns sein, auch weil es dem Kern christlichen Glaubens entspricht, die Schwachen zu schützen und zu stärken.“ Mit diesem Satz schließt das Aktenstück Nr. 47, das sich mit den Grundsätzen für Prävention, Intervention, Hilfe und Aufarbeitung in Fällen sexualisierter Gewalt befasst. Anna Kempe, Synodale aus dem Sprengel Lüneburg und Vorsitzende des Ausschusses für kirch-

liche Mitarbeit, brachte das Aktenstück in die Landessynode ein und betonte, dass das Thema die Kirche nicht loslasse und auch nicht loslassen dürfe: „Die begonnene Arbeit muss transparent weitergeführt werden.“

Wichtiger Bestandteil des landeskirchlichen Konzeptes zur Prävention und Aufarbeitung in Fällen sexualisierter Gewalt ist die Einrichtung einer Stelle für eine entsprechende Fachkraft. Diese Stelle wurde zum 1. Januar

2021 geschaffen; aufgrund von Kündigungsfristen kann die künftige Stelleninhaberin ihre Tätigkeit jedoch erst zum 1. Juli antreten. Zwei weitere 0,25-Stellenanteile wurden für die Begleitung der EKD-Studie zur wissenschaftlichen Aufarbeitung systemischer Ursachen sexualisierter Gewalt und in der Leitung der landeskirchlichen Fachstelle eingerichtet. Die Fachstellenleitung ist an die Stabsstelle Gleichstellung angebunden. *Weiter auf Seite 8*

„Gesetze allein reichen nicht aus“

Hella Mahler sieht noch einen weiten Weg bis zur Gleichstellung

Es war ihr letzter Bericht vor der Landessynode und sie nutzte ihn für eine Bestandsaufnahme: Hella Mahler, Gleichstellungsbeauftragte der hannoverschen Landeskirche, geht nach rund zehnjähriger Tätigkeit in diesem Amt in den Ruhestand. Ihre Verabschiedung aus der Landessynode ist für die Novembertagung geplant.

1921, vor einhundert Jahren, sei das Datum für den internationalen Frauentag auf den 8. März festgelegt worden, leitete Mahler ihren Bericht ein. Die Politikerin und Feministin Clara Zetkin, führende Initiatorin dieses Tages, hatte schon Jahrzehnte zuvor für Frauenrechte und Gleichbehandlung gekämpft – mit ihrem weit gespannten Bogen machte Mahler deutlich, wie lang die Geschichte des Einsatzes für Gleichbehandlung und Gerechtigkeit ist.

„Zetkins Insistieren auf der Verwirklichung gleicher Rechte und Chancen für Frauen und Männer ist bis heute aktuell; Gesetze allein reichen da nicht aus“, betonte Mahler.

Weiter auf Seite 9



Hella Mahler nutzt ihren Bericht für eine Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit in der Landeskirche.

„Hier zu sparen, wäre sparen am falschen Ort“

Fortsetzung von Seite 7

Um die Fachstellenleitung zu entlasten, ist zum 1. Oktober 2021 die Einrichtung eines weiteren 0,25-Stellenanteils für eine seelsorglich oder Beraterin qualifizierte Person geplant. Ihre Aufgabe wird die Begleitung Betroffener sein. Eine weitere pädagogisch ausgebildete Fachkraft soll zudem befristet bis Ende 2024 in Zusammenarbeit mit externen Kräften Präventionsschulungen in den Kirchenkreisen anbieten und bei der Erstellung spezifischer Schutzkonzepte unterstützen.

Die Erstellung von Schutzkonzepten und die Schulung aller haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden in den Kirchenkreisen, Kirchengemeinden und Einrichtungen der hannoverschen Landeskirche sollen bis Ende 2024 abgeschlossen sein, gibt das Aktenstück Nr. 47 vor. Die Förderung einer Kultur der Achtsamkeit und die Vermittlung von Kenntnissen zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung seien Leitungsaufgabe; die Teilnahme an einer Schulung zum Thema müsse für alle Mitarbeitenden verpflichtend sein.

Der Bericht des Ausschusses für kirchliche Mitarbeit verweist auch auf die Erfahrungen, die in den vergangenen Jahren in der Begleitung Betroffener gesammelt wurden: „Die Verletzungen sind so groß, dass eine individuelle Genugtuung nur schwer möglich ist.“ Betroffene erwarteten, dass die Aufarbeitung dazu beitragen müsse, bestehende Risiken zu erkennen und zu bekämpfen; geeignete Formen der Partizipation von Betroffenen müssten weiterentwickelt werden.

Anna Kempe betonte die Aufforderung an das Landeskirchenamt, die Maßnahmen zu Prävention und Intervention als Auftrag aus der Landessynode und damit aus der Mitte der Kirche heraus zu kommunizieren. Dr. Thela Wernstedt (Sprengel Hannover) ging auf die „verheerende“ mediale Berichterstattung zur Aussetzung des Betroffenenbeirates auf EKD-Ebene ein: „Es gibt wirklich harsche Konflikte in der Zusammenarbeit mit Betroffenen, dennoch müssen wir versuchen, es in unserer Landeskirche besser hinzubekommen.“ Jörn Surborg, Vorsit-

zender des Landessynodalausschusses, erklärte die Bereitschaft des Ausschusses, an der kurzfristigen Bereitstellung finanzieller Mittel für Präventionsschulungen und Schutzkonzepte mitzuwirken: „Hier zu sparen, wäre sparen am falschen Ort.“

„Betroffene sehen die Kirche als Täterorganisation“, erklärte Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes. „Das ist ein Stachel, der uns im Umgang mit Betroffenen schmerzt und der vielleicht auch schmerzhaft bleiben muss.“ Springer mahnte die Bereitschaft an, ein Stück Deutungshoheit an die Betroffenen abzugeben, die diese zu Recht beanspruchten. Das Thema sexualisierte Gewalt sollte als ständiger Tagesordnungspunkt in der Landessynode behandelt werden.

Die Grundsätze für Prävention, Intervention, Hilfe und Aufarbeitung in Fällen sexualisierter Gewalt sind bereits auf der Webseite der hannoverschen Landeskirche abrufbar. Zum Dienstantritt der entsprechenden Fachkraft im Juli 2021 sollen sie per Rundverfügung veröffentlicht werden.

Ein weiter Weg zur Gleichstellung – besonders in der Kirche?

Fortsetzung von Seite 8

„Bis zur Chancengleichheit der Geschlechter ist es noch ein weiter Weg, auch bei uns. Oder – gerade bei uns als Kirche?“, stellte Mahler als Frage in den Raum. Dennoch: Die Gleichstellungsarbeit in Kirchenkreisen und kirchlichen Einrichtungen habe sich weiter etabliert, auch wenn die gesetzliche Vorgabe, in allen Kirchenkreisen Gleichstellungsbeauftragte zu benennen, noch nicht erfüllt sei. Der geringe Stundenanteil, der für diese Arbeit vorgesehen ist, lasse allerdings nur eine sehr eingeschränkte Mitwirkung zu.

„Eine gendergerechte Personalentwicklung hat große Bedeutung für die Zukunftsentwicklung unserer Kirche“, stellte die Gleichstellungsbeauftragte fest. Sie lenkte den Blick auf die mittlere Leitungsebene: Hier liege das Verhältnis bei 14 Frauen zu 37 Männern, obwohl in den vergangenen Jahren Frauen ausdrücklich ermutigt wurden, sich für das Amt einer Superintendentin zu bewerben. In der Aussprache zum

Bericht wiesen die Synodalen Dr. Johannes Keymling und Sebastian Kühl (beide Sprengel Hannover) auf das strukturelle Problem hin, dass die persönliche Situation von Frauen eine Bewerbung auf Leitungsstellen oftmals verhindere. „Wenn wir das nur als persönliche Einschränkung betrachten, weichen wir der eigentlichen strukturellen Problematik aus“, betonte Kühl. Franziska Baden (Sprengel Lüneburg) griff diesen Faden auf: „Wir als Kirche müssen deutlich machen, dass auch Männer in Elternzeit gehen können, und gerade im Superintendentenamt wäre ein solches Beispiel wichtig und gut.“

Als zukunftsweisendes Stichwort brachte Mahler den Begriff „Genderkompetenz“ ein: Hier werde großer Handlungsbedarf in der Bildung, bei der Sensibilisierung in Sprache und Kommunikation, in Haltung und Wertschätzung wie auch in der Gemeindearbeit, in Gottesdienst und Seelsorge gesehen, hält sie in ihrem Bericht fest.

Abschließend kritisierte Mahler die

Entscheidung des Landeskirchenamtes zur Weiterführung ihrer Stelle: Es bedeute eine Reduzierung um 25 Prozent, dass die zukünftige Gleichstellungsbeauftragte auch die Leitung der Fachstelle zu sexualisierter Gewalt übernehmen solle. „Ich musste oftmals erleben, dass die Gleichstellungsarbeit in der Bearbeitung beider Themen in den Hintergrund gerückt ist“, so Mahler. Sie bitte um erneute Prüfung, ob der geplante Stellenzuschnitt angemessen sei.

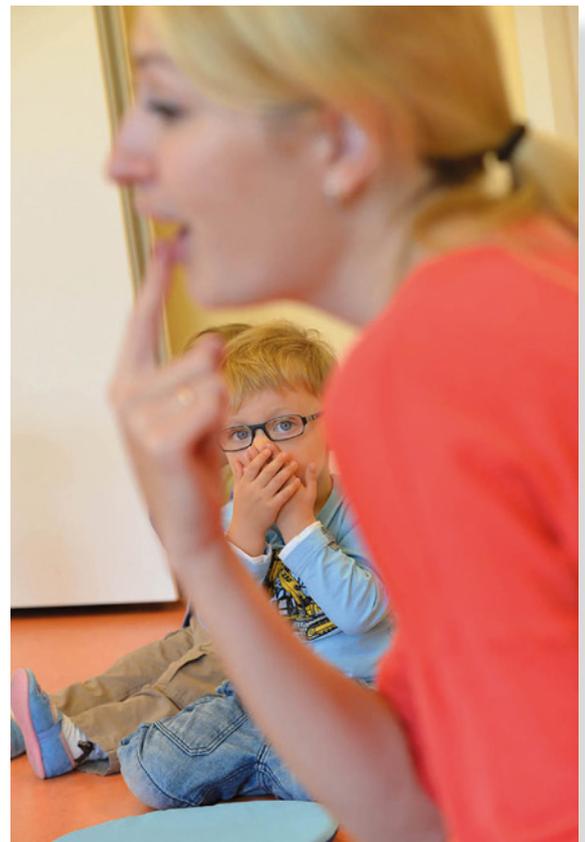
Auf Antrag von Cordula Schmid-Waßmuth (Sprengel Hannover) beauftragte die Landessynode den Ausschuss für kirchliche Mitarbeit mit der Prüfung, ob die Landeskirche die „Charta der Vielfalt“ zur Einbeziehung und Wertschätzung von Vielfalt in der Arbeitswelt unterzeichnen solle. Auf Antrag von Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen) wurde derselbe Ausschuss darüber hinaus gebeten zu prüfen, ob der Zeitumfang der Stellen für Gleichstellungsarbeit in den Kirchenkreisen angemessen ist.

„Völlig unzureichend“ Harsche Kritik an neuem Kita-Gesetz

Oberlandeskirchenrat Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen, trug der Landessynode in einem mündlichen Bericht seine Besorgnis über den Entwurf des neuen Niedersächsischen Kita-Gesetzes vor. Es sei ungewöhnlich, dass das Landeskirchenamt die Landessynode über ein aktuelles Gesetzgebungsverfahren des Landtages informiere, stellte er dazu fest, aus gegebenem Anlass jedoch nötig.

Eine Veränderung des knapp 28 Jahre alten Gesetzes sei notwendig, da es den veränderten Anforderungen in Kindertagesstätten nicht mehr gerecht werde. Die vorliegende Novelle sei jedoch völlig unzureichend und enttäuschend; von vielen Seiten würden Nachbesserungen gefordert, auch aus evangelischen Kindertagesstätten und von ihren Träger*innen. Mit mehr als 700 Einrichtungen, rund 10.000 Beschäftigten und knapp 50.000 Kitaplätzen ist die Landeskirche Hannovers eine große freie Bildungsträgerin im frühkindlichen Bereich.

„Wir brauchen dringend den stufenweisen Einstieg für die dritte Fachkraft in den Gruppen, eine Erhöhung der Verfügungszeiten für Leitungen, einen Rechtsanspruch auf einen integrativen Platz in einer Kita und die Förderung und den Ausbau der Familienzentren durch das Land Niedersachsen“, zählte Lenke auf. *Weiter auf Seite 10*



„Unruhige Zeiten, zum Teil stürmische See“

Bericht des Landessynodalausschusses zeigt Baustellen auf

„Unruhige Zeiten, zum Teil stürmische See“: Mit diesen Worten leitete der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen), seinen Tätigkeitsbericht vor der Landessynode ein. Die Vorgänge um die Missbrauchsfälle im Bistum Köln, eine beispiellose Austrittswelle, die als „Kernschmelze“ bezeichnet werden könne und auch die evangelische Kirche betreffe, schließlich das kommunikative Desaster rund um die Aussetzung des Betroffenenbeirates bei der EKD – all das habe ihn zu seiner Einschätzung bewogen. Hinzu komme noch die Finanzentwicklung: „Unsere Rücklagen sind teilweise genauso schnell geschmolzen wie die Gletscher im Klimawandel – es besteht Handlungsbedarf bei den Versorgungssystemen.“ (Vgl. S. 3)

Auch mit Blick auf die Einführung der Doppik, die 2009 mit einzelnen Pilot-Kirchenämtern gestartet war, fiel Surborgs Bericht ernüchternd aus: „Von den bis 2020 zu erstellenden rund 1.500 Eröffnungsbilanzen fehlt immer noch ein gutes Drittel.“ Auch bei den Jahresabschlüssen gebe es eine erhebliche Differenz. Weiter auf Seite 11



Jörn Surborg, hier während der Tagung der Landessynode im Juli 2020, brachte den LSA-Bericht für die zurückliegenden sechs Monate ein.

Eklatanter Mangel an Fachkräften

Fortsetzung von Seite 9

„Wir haben eine Vielzahl von Gesprächen mit der Politik geführt“, so der Diakoniesprecher weiter. „Dort gab es Einsicht, aber gleichzeitig die Mitteilung, dass Verbesserungen in einer Zeit der durch die Corona-Pandemie geleerten Kassen nicht finanzierbar seien.“ Lenke machte auch auf den Fachkräftemangel aufmerksam: Rund ein Viertel der ausgebildeten Fachkräfte verlasse den Beruf innerhalb der ersten fünf Jahre aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen. „Wir erwarten einen eklatanten Mangel an Fachkräften“, so Lenke; um dem entgegenzuwirken brauche es jetzt eine angemessene Novellierung des Kita-Gesetzes.

Lenke bat die Synodalen darum, mit den Landtagsabgeordneten im Gespräch zu bleiben und sich für einen stufenweisen Einstieg in substantielle Verbesserungen auf gesetzlicher Ebene einzusetzen: „Jetzt ist die Zeit, die Rahmenbedingungen zu gestalten.“ Auch der Hinweis der Politik auf

fehlende Fachkräfte sei aktuell nicht stichhaltig: Beim Einstieg in die dritte Fachkraft in Krippengruppen habe es Bewerbungen gegeben, dieser Einstieg sei sehr erfolgreich verlaufen.

„Ich wünsche mir von dieser Synode deutliche Worte“, erklärte Christine Rinne (Sprengel Hannover). „Wir wollen, dass unsere Kinder Erzieherinnen haben, die Zeit, Geduld und Zuwendung für sie aufbringen können.“ Gabriele Furche (Sprengel Stade) beklagte nicht nur Stillstand, sondern sogar Rückschritt gegenüber manchen Verbesserungen, die in den vergangenen Jahren erkämpft wurden: „Wir sind wieder auf dem Stand von 1993.“

„Die Attraktivität des Erzieher*innenberufes ist entscheidend für die Zukunft“, betonte Ines Trzaska (Sprengel Hannover). Die Landessynode folgte ihrem Antrag, den mündlichen Bericht Lenkes und Informationen zur Novellierung des Kita-Gesetzes zur Beratung in den Diakonieausschuss zu überweisen.

Siehe auch den Hinweis auf Seite 12

Jugendsynode 2022

Eigentlich war sie für November 2021 geplant, nun aber teilte Franziska Baden (Sprengel Lüneburg) der Landessynode eine andere Empfehlung des Jugendausschusses mit: Die Jugendsynode soll auf die VI. Tagung der Landessynode im Frühjahr 2022 verschoben werden.

Aktuell sei noch nicht sicher, wie genau die Synodentagung im November 2021 stattfinden könne, begründete Baden die Entscheidung, die der Jugendausschuss gemeinsam mit der Landesjugendkammer und dem Landesjugendpfarramt getroffen hatte. Das gemeinsame Diskutieren in großer Runde sei aber für Jugendliche besonders wichtig.

Für die Teilnahme an der Jugendsynode, die einmal während jeder Legislaturperiode der Landessynode stattfinden soll, werden in einer Vollversammlung der Landesjugendkammer 81 Delegierte unter 27 Jahren gewählt. In Arbeitsgruppen und im Plenum werden sie im Frühjahr 2022 gemeinsam mit der Landessynode arbeiten.

Landeskirche muss ihre Anschlussfähigkeit stärken LSA spricht sich für die Fortführung der FIT-Studiengänge aus

Fortsetzung von Seite 10

Etwa 8.600 Jahresabschlüsse hätten dem Rechnungsprüfungsamt 2021 vorgelegt werden müssen, tatsächlich seien es jedoch nur rund 1.600 gewesen. Der Landessynodalausschuss (LSA) hatte den Finanzausschuss gebeten, die Frage einer Amnestie für bisher nicht erstellte Eröffnungsbilanzen zu prüfen, aber auch die Bonifizierung zeitnah vorgelegter Schlussbilanzen zu beraten. „Wer bei der Doppik spätestens jetzt nicht auf der Höhe der Zeit ist, wird auch bei der Umsatzsteuer Probleme bekommen“, erklärte Surborg mit Blick auf die für 2023 geplante Einführung der Steuer in der Landeskirche.

Zur Verzögerung der Eröffnungsbilanzen wandte Gabriele Furche (Sprenkel Stade) in der Aussprache ein, dass dafür auch das Rechnungsprüfungsamt verantwortlich sei, das Bilanzen zum Teil mit zweijähriger Verzögerung bearbeitet habe. Surborg erklärte diesen Bearbeitungs-

stau mit dem sprunghaften Anstieg der Zahl der Bilanzen von 2017 auf 2018 aufgrund eines landeskirchlichen Bonifizierungsprogramms.

Der LSA-Vorsitzende ging in seinem Bericht auch auf die geplante Schließung der Fachhochschule für Interkulturelle Theologie (FIT) am Evangelisch-lutherischen Missionswerk (ELM) in Hermannsburg ein. Das Landeskirchenamt habe den Ausschuss darüber informiert, dass die finanzielle Situation des ELM die Schließung voraussichtlich zum Jahr 2024/25 nötig mache. Vor dem Hintergrund der geplanten Aufgabe der Fachhochschule müsse die Frage der Relevanz des ELM für die Trägerkirchen neu gestellt werden, erklärte der LSA-Vorsitzende. Die Landeskirche spiegele in der ethnischen Homogenität ihrer Mitarbeitenden nicht die Vielfalt der (christlichen) Bevölkerung in Niedersachsen wider; sie müsse ihre Anschlussfähigkeit für Menschen aus verschiedenen christli-

chen Kirchen stärken. Der Landessynodalausschuss spreche sich daher ausdrücklich dafür aus, die Studiengänge der FIT an einem anderen universitären Standort in Niedersachsen fortzuführen. „Der Zugriff auf Angebote interkultureller Theologie und Kompetenz auf akademischem Niveau ist sehr wichtig“, so Surborg.

Prof. Tobias Georges äußerte im Namen der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen Entsetzen über die Schließungspläne: „Wie soll der Schwerpunkt Interkulturalität weitergeführt werden? Der Masterstudiengang in Kooperation unserer Universität mit der FIT ist ein Erfolgsmodell, das wir alleine nicht weiterführen können.“

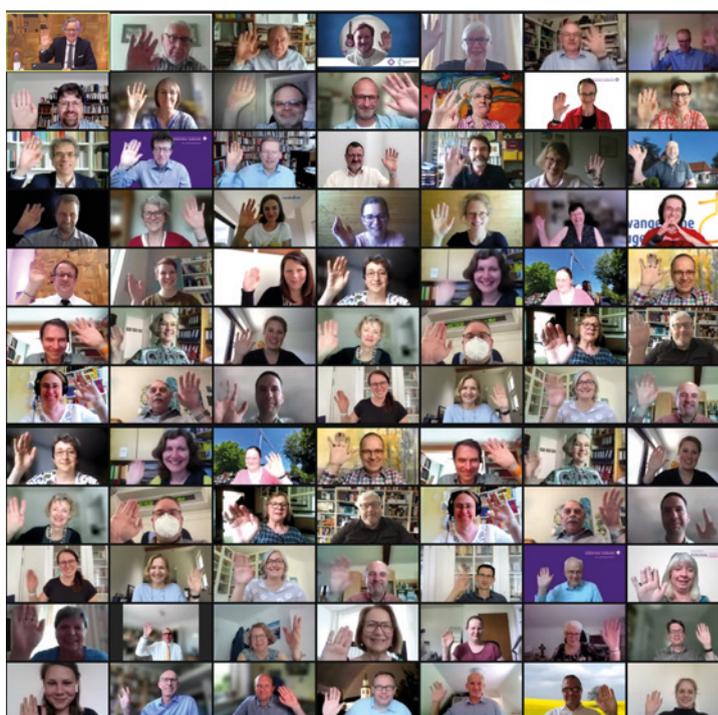
Er sehe die Landeskirche in der Pflicht und warte dringend auf ein Gespräch mit Landesbischof Ralf Meister, erklärte Georges. Dieses Gespräch werde sehr zeitnah zustande kommen, erwiderte der Bischof am Folgetag in der Aussprache zu seinem Bericht.

Landessynode sendet Dank und Gruß nach Brasilien

„Die Taufe leben: Gaben in den Dienst stellen.“ Zu diesem Jahresmotto ihrer Kirche hielt die Präsidentin der Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses in Brasilien, Pfarrerin Silvia Beatrice Genz, am Morgen des letzten Sitzungstages der Landessynode eine Bibelarbeit, der die Synodalen an ihren Bildschirmen folgten.

„Siehe, ich mache alles neu!“ – auch diesen, das Jahresmotto ergänzenden Leitspruch aus der Offenbarung rückte Genz in den Mittelpunkt: „Wir leben in der Hoffnung auf die Zukunft, die von Gott erschaffen wird.“ Wie wichtig und gleichzeitig schwer zu bewahren diese Hoffnung in ihrem Land ist, machte die Geistliche mit einer Zahl deutlich: Mehr als 450.000 Menschen sind in Brasilien bis zum jetzigen Zeitpunkt an einer Infektion mit dem Corona-Virus gestorben.

Mit einem gemeinsamen Gruß vom Bildschirm, der in Form eines Fotos festgehalten wurde, dankten die Synodalen der Theologin für ihre eindrücklichen Worte. Die Kollekte aus dem Eröffnungsgottesdienst in Höhe von rund 1.200 Euro wurde ebenfalls auf den Weg in die brasilianische Schwesterkirche geschickt.



Assistierter Suizid

„Wer die autonome Selbstbestimmung des Menschen zur alleinigen Entscheidungsinstanz erhebt, ignoriert, dass sich menschliches Leben immer in Beziehungen bewegt – zu Angehörigen, Freunden und zu Gott“, erklärte Dr. Martin Krarup, Vorsitzender des Ausschusses für Theologie und Kirche. Er brachte einen Zwischenbericht zum Thema „Assistierter Suizid“ ein, der Bezug nimmt auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 2020, in dem das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Ausdruck persönlicher Autonomie auch das Recht auf selbstbestimmtes Sterben umfasst. Das zugehörige Aktenstück Nr. 44 betont die notwendige Abgrenzung und gleichzeitige Beachtung der Themen aktive und passive Sterbehilfe, palliative Sedierung und Tötung auf Verlangen.

Menschen dürften für ihre Suizidpläne nicht verurteilt werden, betonte Krarup; eine pauschale Suizidverurteilung diene nicht dem Lebensschutz. Gleichzeitig sei über Konfessionsgrenzen hinweg klar, dass der Schutz des

Lebens übergeordnete Bedeutung habe: „Einer Normalisierung des Assistierte[n] Suizids muss entgegengewirkt werden.“ Das Ringen um eine christliche Position in dieser Frage sei noch längst nicht abgeschlossen, auch vor dem Hintergrund, dass die Palliativmedizin nicht jedem Menschen helfen könne.

Da es in dieser Legislaturperiode des Bundestages nicht mehr zu einer Gesetzesnovelle kommen werde, sei noch Zeit, sich mit dem Thema zu beschäftigen, stellte Krarup fest. „Die Debatte wird zu gegebener Zeit eine Entscheidung der Landeskirche erfordern und die Landessynode sollte daran mitwirken.“ Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung zeigten die Synodalen mit dem Auftrag an den Ausschuss für Theologie und Kirche, seine Beratungen mit inner- und außerkirchlichen Gesprächspartner*innen fortzuführen. Auf Antrag von Corinna Engelmänn (Sprengel Hildesheim-Göttingen) wurde das Aktenstück Nr. 44 zudem als Material in den Diakonieausschuss überwiesen.

Geschäftsordnung

Zu Beginn ihrer IV. Tagung gab sich die Landessynode eine neue Geschäftsordnung: Vor dem Hintergrund der neuen Kirchenverfassung und der Notwendigkeit digitaler Sitzungen in Pandemiezeiten sei dies notwendig geworden, erklärte Antje Niewisch-Lennartz, Vorsitzende des Rechtsausschusses.

Die Neufassung regelt unter anderem ein Antragsrecht für die Landessynodejugendkammer, eine transparentere Darstellung der Haushaltsgenese, ein ständiges Gastrecht in den Fachausschüssen und deren Möglichkeit, auch über Gegenstände zu beraten, die ihnen nicht von der Landessynode zugewiesen wurden.

In weiteren Tagesordnungspunkten beschloss die Landessynode zwei Kirchengesetze und stimmte mehreren Verordnungen mit Gesetzeskraft zu.

Novelle Kita-Gesetz

Hinweis zum Artikel auf Seite 9 / 10

In Niedersachsen soll die dritte Fachkraft in den Kitas nun doch kommen: Kurz nach dem Ende der Synodentagung wurde bekannt, dass sich die Parteien der Regierungskoalition nach langem Ringen auf einen Stufenplan geeinigt hatten, der einen Personal- ausbau ab 2023 gesetzlich vorschreibt. Ab 2027 sollen Kita-Gruppen mit ganztägiger Betreuung dann jeweils eine dritte Kraft bekommen, allerdings zunächst nur mit 20 Wochenstunden.

Vor dem Hintergrund der monatelangen Proteste gegen die Gesetzesnovelle verständigten sich die Vertreter*innen von SPD und CDU in einer Sondersitzung des Koalitionsausschusses am Wochenende nach der Tagung der hannoverschen Landessynode auf diesen Kompromiss.

Friedensorte

Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung – diesen Themen ist die Arbeit an den acht Friedensorten der hannoverschen Landeskirche verpflichtet. Die Einrichtungen liegen überwiegend im ländlichen Raum; ihre Tätigkeit geschieht im Rahmen des Konzeptes „Kirche des gerechten Friedens“.

„Die Friedensorte sind Leuchttürme für das gesellschaftliche Engagement einer Kirche, die auch tut, was sie predigt“, betonte Oberkirchenrat Dirk Stelter, Leiter des Referates für Mission und Ökumene im Landeskirchenamt, in seinem Bericht vor der Landessynode. Aufgrund der eindrucksvollen Arbeit der hochkompetenten multiprofessionellen Teams vor Ort habe der Vergabeausschuss, dem auch fünf Mitglieder der Landessynode angehören, entschieden, alle acht Friedensorte bis 2024 mit bis zu 80 Prozent der Personalkosten sowie anteiligen Materialkosten zu finanzieren. Darüber hinaus wird ein spezielles Fundraisingtraining für die Mitarbeitenden entwickelt.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle, Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantw.) unter Mitwirkung des Evangelischen Pressedienstes Niedersachsen-Bremen (epd) und der Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten der Sprengel

Grafik und Satz: Andrea Hesse
Fotos: Jens Schulze
Druck: QUBUS media, Hannover



www.synode.landeskirche-hannovers.de